

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Jürgen Linde MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, analysiert die Bemühungen Strauß um eine Kanzlerkandidatur.

Seite 1-4

Peter Klein, Geschäftsführer der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, beschäftigt sich mit der finanziellen Lage der Gemeinden: Es wird dramatisch.

Seite 6/7

Egon Lutz MdB berichtet von einer Tagung über die Probleme der Arbeitsämter.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 47

10. März 1982

**Strauß bringt sich wieder ins Gespräch und die Union ins Gerede**

Der CSU-Chef will wieder Meister im Ring sein

Von Dr. Jürgen Linde

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Der CDU, insbesondere aber Oppositionsführer Kohl müssen in diesen Tagen die Ohren klingen. Kaum, daß sich die Union von dem Strauß-Debakel, das der CDU/CSU im Oktober 1980 das zweit-schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte bescherte, erholt hat und Aufwind in der Wählergunst verspürt, ist auch der CSU-Vorsitzende schon wieder zur Stelle, um seinen Machtanspruch anzumelden. Daß die Wahl-niederlage auch etwas mit seiner Person zu tun gehabt haben könnte; ficht Strauß dabei nicht an. Er wittert Morgenluft, seinen ewigen Traum von der Macht am Rhein doch noch verwirklichen zu können, und so ist er ausgezogen, die Schwesterpartei CDU erneut das Gruseln zu lehren, indem er sich ins Gespräch und die Union ins Gerede bringt.

Strauß beginnt exakt das gleiche Spiel wie im Vorfeld der 80er Wahl, als er die Union mit seinem ungenierten Vordrängen über Monate hinweg in das unwürdige Schauspiel peinlicher Personalrängeleien verstrickte und Oppositionsführer Kohl schließlich aus der Kandidatur rempelte.

Heute wie damals vermag sich Strauß nicht zu zügeln, was zur Zeit wieder vor allem seine eigenen Parteifreunde in der CDU und ganz besonders Herr Kohl zu spüren bekommen. Die Union fälschlicherweise bereits im sicheren Besitz der Regierungsmacht wähnend, hat Strauß erneut den Kampf um die Führungsmacht in der Opposition vom Zaun gebrochen.

Aus seinem Münchner Exil hat er nicht nur seine Rückkehr in die Bonner Politik avisiert, sondern zugleich auch klar gemacht, wer der Chef im Ring ist. Strauß auf die Frage, ob er bereit sei, Regierungsverantwortung in Bonn zu übernehmen:

"Nicht um jeden Preis und nur dann, wenn mein Konsolidierungsprogramm von der parlamentarischen Mehrheit, die sich dann abzeichnet, gebilligt und nicht bis zur Unkenntlichkeit zerfeldert wird" ("Süddeutsche Zeitung" vom 2. Februar 1982).

Aber der Maulkorberlaß, der die Unionsfraktion in eine Statistenrolle zwingen würde, reicht Strauß bei weitem nicht aus. Sollte er unter Kohl Bundesfinanzminister werden, "dann müßte dieser sein eigenes politisches Schicksal auf Gedeih und Verderb mit meinem verbinden; er müßte sich verpflichten,



wenn ich den Rücktritt erklären würde, das gleiche zu tun" ("Süddeutsche Zeitung" vom 2. Februar 1982).

Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist Strauß auch das Mittel der politischen Erpressung recht. Für den Fall, daß Kohl auf die Idee käme, sein Schicksal eben nicht "auf Gedeih und Verderb" mit dem des Finanzministers zu verknüpfen, sondern diesen "hängenlassen" würde, droht Strauß unverhüllt: "Wenn er es täte, würde er ihn (Strauß) nur kurzfristig politisch überleben" ("Capital", März 1982).

Ankündigungen dieser Art zeigen in aller Deutlichkeit, daß Strauß den CDU-Vorsitzenden nach wie vor für unfähig hält, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, und: was einem Bundeskanzler Kohl und den übrigen Kabinettsmitgliedern unter einem Finanzminister Strauß blühen würde. Der CDU-Vorsitzende ist für Franz Josef Strauß nur eine vorgeschobene Gallionsfigur, eine Marionette, bei der der CSU-Vorsitzende aus München alle Fäden in der Hand hält. Auch nur deshalb leistet es sich Strauß gegenüber der FDP, ohne Absprache und über sämtliche Köpfe der Union hinweg eindeutige Koalitionszusagen einschließlich einer umfassenden Besitzstandsgarantie abzugeben: "Vorab, bei einer Koalition müßte man vorerst die Wahrung des Besitzstandes einkalkulieren. Das hieße, die Position Außen, Wirtschaft, Inneres bleiben der FDP vorbehalten, das ist die unproblematischste Annahme" ("Capital", März 1982).

Für sich selbst reklamierte Strauß im gleichen Gespräch erneut das Finanzministerium. Aber die Rolle als Finanzminister wäre für ihn ohnehin nur die zweitbeste Lösung. Da er sich für 1984 bessere Wahlchancen als 1980 ausrechnet und diese Chance nicht an den bloßen Kohl abtreten will, hat er durch seinen Bonner Statthalter Zimmermann bereits erneut seinen Anspruch als Kanzlerkandidat der Union für 1984 anmelden lassen. Zimmermann auf die Frage, ob Strauß dafür wieder in Frage käme: "Aber natürlich" ("Welt am Sonntag", 21. Februar 1982). Kohl rangiert dabei nur unter ferner Liefen, dem es gerade noch gestattet wird, sich wenigstens an dem Wettrennen beteiligen zu dürfen. Zimmermann: "Ab Herbst 1983 ist das Rennen offen. Da kann es mehrere Kandidaten geben, auch Kohl" ("Welt am Sonntag", 21. Februar 1982).

Was Strauß derzeit betreibt, ist nicht mehr nur, wie einige Kommentatoren glauben, ein vorsichtiges Abrücken von seinem potentiellen Konkurrenten Kohl, sondern die öffentliche Demontage des Oppositionsführers, dessen Kopf er bereits meistbietend feilhält: "Wenn die FDP meint und offen sagt, sie wolle unter allen Umständen die Koalition mit der SPD aufkündigen, aber sie könne nicht und wolle nicht, wenn Helmut Kohl Kanzlerkandidat wird, dann tritt eine Lage ein, über die wir reden müssen" ("Der Spiegel", Nr. 53 vom 28. Dezember 1981).

Die Selbstgerechtigkeit, mit der Strauß über das politische Schicksal seiner "Parteifreunde" verfügt, drückt sich nicht minder in seinem Spott aus, mit dem er Kohl in aller Öffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgibt.

"Strauß: Was die wirtschaftspolitischen Kenntnisse des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU anbelangt, so ist er dem Kanzler turmhoch überlegen. Er versteht es nur nicht, Gemeinplätze oder Unrichtigkeiten mit demselben Pathos zu verkünden, mit dem Helmut Schmidt jahrelang seine...

Spiegel: ...Weiß Helmut Kohl, daß Sie ihn so hoch einschätzen als Wirtschaftspolitiker?

Strauß: Sie können es ja schreiben, dann weiß er es (lacht)" ("Der Spiegel", Nr. 53 vom 28. Dezember 1981).

Strauß hat seine Chance als Kanzlerkandidat der Union im Wahlkampf 1980 gehabt und hat sie vertan. Die Trauer darüber hielt sich damals selbst im Konrad-Adenauer-Haus in Grenzen. Strauß weiß dies nur zu genau, wie ihm auch klar ist, daß er bei einem sauberen innerparteilichen Auswahlverfahren unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse von CDU und CSU nicht die geringste Chance hätte, ein zweites Mal als Sieger aus der Kandidatenkür hervorzugehen. Deshalb widersetzt er sich auch vehement einem gemeinsamen Wahlgremium von CDU und CSU. So werden die Parteispitzen den Kandidaten wohl wieder hinter verschlossenen Türen unter sich ausmauscheln.



Kein Zweifel: Franz Josef Strauß ist wieder voll da. Er will die Macht und er will sie für sich. Daß er dabei in die scheinheilige Rolle des politischen Biedermanns schlüpft, der frei von persönlichen Ambitionen nur dann bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, wenn man ihn ruft, kann niemanden mehr über seine wahren Absichten hinwegtäuschen. Denn daß man ihn ruft, dafür wird er notfalls selber sorgen, selbst wenn er die FDP dafür erhalten lassen will: "Mir haben mehrere hochrangige FDP-Politiker zu verstehen gegeben, sie hielten eine Koalition mit der Union trotz ihrer früheren politischen Vorbehalte gegen mich für stabiler, wenn sie mich einschließen würde" ("Capital", März 1982).

Die Bilder des Franz Josef Strauß im Vorfeld der Wahlen von 1980 und denen von 1984 gleichen sich aufs Haar. Strauß vor Jahren:

"Kanzler zu werden ist mir ein Gegenstand inneren Horrors; ich bin nicht der hechelnde Hund vor dem Palais Schaumburg." (Mai 1969 - laut "Spiegel")

"Sollte eine Situation kommen, in der eine Mehrheit in der Fraktion glaubt, daß sie mich als den zweckmäßigen Kandidaten braucht, dann würde ich schweren Herzens Ja sagen." (6. August 1971 DFS)

"Ich schrecke vor dieser Verantwortung nicht zurück, wenn Umstände, Lage und Wunsch es erfordern. Mit ist es lieber, wenn diese Situation nicht eintritt... Es ist aber auch nicht so, wie es neulich eine Karrikatur dargestellt hat, daß ich etwa mit aufgerissenen Augen und Ohren auf den Ruf der Nation warte." (17. Oktober 1971, Saarl. RF)

(Als Nummer zwei) "fühle ich mich wesentlich einflußreicher, als wenn ich als Nummer eins Klimazüge machen müßte." (Februar 1972 laut "Spiegel").

Strauß: "Mich werden Sie erst aus der Deckung locken, wenn es Zeit ist, aus der Deckung herauszugehen."

Frage: Kanzlerkandidat?

Strauß: "Das sollte grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, Aber es liegt nicht im Spektrum meiner Ambitionen." ("Stern", 21. März 1974)

"Bis jetzt hat mich niemand gefragt. Und wenn man mich fragen würde, dann würde ich mir das sehr gründlich überlegen, denn hier geht es ja nicht um persönlichen Ehrgeiz oder um die Erfüllung heimlicher Wünsche..." (12. Juli 1974 DFS)

"Ich bin doch nicht großwahnsinnig. Ich werde bestimmt nicht in der Reihe der Kandidaten erscheinen." (14. Oktober 1974 ZDF)

"Ich kann niemandem befehlen, mich zu rufen oder mich nicht zu rufen." (13. März 1975 Westdeutsche Allgemeine)

"Wenn ich zur Macht wollte, dann würde ich mich ganz anders verhalten. Dann würde ich versuchen, mich einschmeichelnder Redensarten zu bedienen, dann würde ich versuchen, die Öffentlichkeit durch gefällige Worte für mich zu gewinnen." (17. März 1975 DFS)

Die Auswahl des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für die Wahl von 1980 müsse "aus mehreren" Politikern getroffen werden; "denen die Fähigkeit dafür zugesprochen wird. In diesem Sinne halte ich mich für eine dieser Persönlichkeiten". (25. November 1977 ddp)

"Wenn die CDU sich für Kohl entscheidet, gut, dann wird die CSU nicht mit dem Dolch im Gewande herumlaufen. Was wir wollten, ist diese Frage ohne Voreingenommenheit und in voller christlicher Nächstenliebe, leidenschaftslos nach objektiven Kriterien zu diskutieren. Es ist ja nicht so, daß Kohl von seiten der CSU demontiert wird." ("Der Spiegel", 2. Januar 1978)

"Wenn alle von diesem Thema reden, rede ich nicht davon." (7. Februar 1979 dpa)

Strauß: "Ich erhebe keinen Anspruch auf eine Kanzlerkandidatur."

Frage: Und wenn Sie gerufen werden?

Strauß: "Ich hoffe, nicht bei der Nacht, weil ich nämlich nicht im Bett sitze, um den Anruf nicht zu verpassen." (2. April 1979, "Der Spiegel")



**Strauß heute:**

Auf die Fragen, ob er zu den Kanzlerkandidaten 1984 gehöre: "Ich halte mich für fähig, aber ich habe mich immer selber hinter die Gesamtnotwendigkeiten zurückgestellt, und das ist auch hier so.

Frage: Heißt das, Sie werden sich um eine Kanzlerkandidatur nicht bewerben?

Strauß: "Ich habe mich noch nie beworben. Ich habe erklärt, daß ich zur Verfügung stehe. Das war im Jahr 1979".

Frage: ...Werden Sie wieder eine Erklärung wie bei der letzten Bundestagswahl abgeben: Ich stehe zur Verfügung?

Strauß: "Sie können aus mir nichts herauslocken." Und: "Ich kann soviel sagen, daß ich nicht die Absicht habe." ("Der Spiegel", Nr. 53 vom 28. Dezember 1981)

"Man sollte nicht annehmen, ich säße ungeduldig und schlaflos in Bayern, darauf gespannt, daß mich der Ruf für ein Bonner Amt erreicht. Jeder kann davon ausgehen, daß ich mit der Aufgabe des bayerischen Ministerpräsidenten mehr als zufrieden und ausgefüllt bin" ("Capital", März 1982).

"Ich will vergangene Schlachten nicht noch einmal schlagen. Ich werde nicht antreten. Einen Zusatz möchte ich allerdings machen, obwohl er gern als Hintertür ausgelegt wird, durch die man die gleiche Bühne über einen anderen Eingang betreten will: Wenn meine Parteifreunde der Meinung sind, sie bräuchten mich für eine bestimmte Aufgabe, dann kann ich mich vorher nicht durch ein starkes, absolutes Nein binden. Aber ich habe meinen Ehrgeiz sehr unter Kontrolle und bin außerdem wählerisch." ("Stern", 11. März 1982)

Weitere entsprechende rätselhafte Aussagen von Herrn Strauß werden mit Sicherheit in den kommenden Wochen und Monaten in reichlicher Auswahl folgen.

Die CDU schweigt zu alledem und läßt die Ruppigkeiten von Strauß gegen ihren Vorsitzenden über sich ergehen. Augenscheinlich gibt es nach wie vor niemanden in der CDU, der imstande wäre, dem CSU-Vorsitzenden Paroli zu bieten und ihn in seine Schranken zu weisen. Kohl selbst wagt nicht zu widersprechen. Schon von daher darf angezweifelt werden, daß es ihm dieses Mal gelingen könnte, sich dem anrennenden Strauß erfolgreich in den Weg zu stellen.

Strauß wird auch künftig keine Ruhe geben, und so klagt die der CDU nahestehende "Frankfurter Allgemeine" wohl nicht zu Unrecht: "Wenn es so weitergeht, ist die Union auch in den achtziger Jahren beschäftigt: mit Strauß" (8. März 1982).

(-/11.3.1982/hi/va)



## Steuern und kommunale Finanzen

## Die Situation der Gemeinden wird dramatisch

Von Peter Klein

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für  
Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Aus Sorge um die anhaltende und steigende Arbeitslosigkeit wird der Ruf nach zusätzlichen Investitionen in unserer Volkswirtschaft immer größer. Damit sind sowohl private wie öffentliche Investitionen gemeint. In den zurückliegenden vier, fünf Jahren sind eine Fülle von steuerlichen Veränderungen vorgenommen worden, im wesentlichen alle mit dem Ziel, die Investitionskraft unserer Volkswirtschaft zu stärken. Dennoch befinden wir uns weiter in einer tiefen Rezession, und kein Ende ist abzusehen. Ganz im Gegenteil, die Talsohle ist noch nicht erreicht, jedenfalls dann, wenn man die Entwicklung der Investitionstätigkeit der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet. Dabei ist die Investitionskraft der Kommunen, der großen, der mittleren wie der kleinen, nicht zuletzt wegen der oben genannten vielfachen Steuerveränderungen in beachtlichem Ausmaße geschwächt worden. Und was das Schlimme daran ist, daß sehr häufig ideologische, also wirklichkeitsferne und allerhöchstens abstrakt richtige ordo-liberale Wirtschaftsvorstellungen dabei Pate gestanden haben. Leider nimmt diese Entwicklung kein Ende, aber das muß begründet werden.

Die aktuellen Stichworte dabei sind aus kommunaler Sicht: Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 einerseits und "Rückgabe" dieser Steuererhöhung über eine Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifes ab 1. Januar 1984. In beiden Fällen müssen die Kommunen entweder mehr Steuern zahlen oder auf Steuereinnahmen verzichten. Es trifft sie also doppelt im Gegensatz zu den beiden anderen Staatsebenen, Bund und Länder.

Dies ist schlimm, weil es die kommunale Investitionstätigkeit noch mehr schwächen wird, die schon in diesem Jahre laut Wirtschaftsbericht der Bundesregierung um mindestens rund acht Prozent real sinken wird, wobei nach unserer Information die Entwicklung noch wesentlich negativer sein wird, zumindest in solchen wirtschaftlich wichtigen Ländern wie Nordrhein-Westfalen.

Die Kommunen haben, im langen Durchschnitt gesehen, immer rund 60 Prozent und mehr der öffentlichen Investitionen, insbesondere baulicher Art, durchgeführt. Dies ist eine wichtige Stütze des volkswirtschaftlichen Prozesses und damit der sozialen Stabilität insgesamt gewesen. Die kommunalen Investitionen machten 1981 40 Milliarden aus und sind damit, gemessen an den 356 Milliarden der gesamten Investitionstätigkeit in 1981, ein beachtlicher Betrag, der jedenfalls mehr ausmacht als alle Konjunktursteuerungsprogramme. Die Absurdität der Entwicklung besteht darin, daß man einerseits versucht, im wesentlichen durch steuerliche Maßnahmen die Konjunktur anzukurbeln, und andererseits durch dieselben Maßnahmen wichtigen Teilen der Konjunkturmotoren, nämlich den Kommunen, die Kraft nimmt. Und es wird dann weiter lamentiert werden.

Was in den letzten Jahren an Steuerverminderungen auf die Kommunen gehagelt ist, ist leider den meisten Bonner Politikern in der Anhäufung und im Ergebnis nicht ausreichend klar. Es sei nur daran erinnert: Reduzierung des Gewerbesteueraufkommens durch mehrfache Erhöhung der Freibeträge, so daß die Gewerbesteuer im Grunde nur noch von wenigen Gewerbetreibenden, im Regelfall größeren Unternehmen, gezahlt wird; Abschaffung der Lohnsummensteuer - Sündenfälle des Bundes; Kürzung der allgemeinen und zweckgebundenen Finanzzuweisungen; Verbot oder Abschaffung kleiner Kommunalsteuern - Sündenfälle der Länder. Und die neue schon erwähnte Planung - Mehrwertsteuererhöhung einerseits und Einkommenssteuerreduzierung kurz danach andererseits - wird genauso deutlich negativ auf die Finanzkraft der Kommunen durchschlagen.

Hinzu kommt, daß der in Nordrhein-Westfalen "gewährte" Ausgleich für den Wegfall der Lohnsummensteuer von mehr als 500 Millionen jährlich ab 1. Januar 1983 weder vom Bund noch vom Land nach realistischer Einschätzung weitergeführt wird. Und das in einem Land,



das durch seine beachtlichen mono-strukturellen wirtschaftlichen Nachteile im Vergleich zu anderen sowieso kaum über gewinnbringende wirtschaftliche Unternehmen verfügt und um so mehr unter Abschaffung der Lohnsummensteuer leiden muß.

Es ist klar: Die Situation wird nicht nur eng, sie wird dramatisch. Die Verwaltungshaushalte dieser Kommunen werden nicht mehr ausgeglichen werden können, und von der Investitionskraft der Kommunen sollte man bei solchen Initiativen dann lieber schweigen. Schade, daß kein Bonner Politiker bei der Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen am 4. März 1982 in Witten war. Dort wurde, über alle Parteien hinweg, die Lage genauso beurteilt.

Die einzige realistische Politik trotz oder vielleicht gerade wegen der rezessiven Entwicklung kann nur darin bestehen, daß die öffentliche Investitionskraft wiederhergestellt wird, denn nach Meinung vieler verantwortlicher Kommunalpolitiker gibt es ab 1983 keine ernstzunehmenden Spärmöglichkeiten mehr; der Rahmen wird jetzt ausgenutzt. Und wenn es kurzfristig nicht möglich ist, eine auf Investitionen gerichtete Umkehr durch eine aufgabenorientierte kommunale Finanzreform zu erreichen, dann müssen alte, weil bewährte steuerliche Strategien eingeschlagen werden. Niemand wird vorrechnen können, daß durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer tatsächlich mehr Arbeitsplätze in der privaten Industrie geschaffen oder aber erhalten wurden. Jeder wird aber vorrechnen können, daß die Abschaffung der Lohnsummensteuer in den letzten Jahren, aber noch viel mehr in der Zukunft die Investitionskraft sehr vieler Kommunen einschneidend vermindert hat beziehungsweise vermindern wird, was dann auf jeden Fall Arbeitsplätze kostet. Nachdem es gelungen ist, mit einem Hauruckverfahren diese Lohnsummensteuer abzuschaffen, muß man heute dafür plädieren, sie wieder kurzfristig einzuführen und zum anderen auch Überlegungen darüber anzustellen, ob es nicht zwingend erscheint, die Kommunen am erhöhten Mehrwertsteueraufkommen in Zukunft zu beteiligen. Immer noch ist von Bundes- und Landespolitikern zu hören, die Kommunen mögen zu ihrem eigenen Haushaltsausgleich dann die Gewerbesteuererträge anheben. Um nur den Ausgleich für den Ausfall der Lohnsummensteuer zu erreichen, müßte zum Beispiel Oberhausen den Hebesatz auf 550 Punkte und Duisburg auf 470 Punkte setzen. Das können selbst gut florierende Betriebe jetzt bestimmt nicht aushalten. Der ordo-liberale Graf Lambsdorff müßte doch einmal über die Schlaueit seiner Wirtschafts- und Steuerpolitik Rechenschaft ablegen, noch dazu wenn er sogar jetzt noch - natürlich Arm in Arm mit Herrn Kohl - dem Kapitalertragsteil der Gewerbesteuer den Garaus machen will, wohl wissend, daß die Gewerbesteuer auf Ertrag dann aber keine Realsteuer, sondern de facto eine zweite Einkommensteuer und somit verfassungswidrig wäre.

Wenn man die Wiedereinführung der Lohnsummensteuer oder die kommunale Beteiligung an der Mehrwertsteuer nicht will, dann ist man auch verantwortlich für die daraus entstehenden Folgen. Dabei ist eins sicher: Die Rücknahme beachtlicher und auch sinnvoller, weil ausreichend geplanter kommunaler Investitionen wird zu allererst die Bauwirtschaft in den nächsten Monaten in einem verheerenden Ausmaß treffen, die sowieso schon in eine schlimme Krise geraten ist. Dies hat auch Folgen für die sogenannten an das Baugewerbe anschließenden Wirtschaftszweige. Der Teufelskreis findet dann kein Ende: Rückzug aus der Investitionstätigkeit, einerseits bedingt durch einen generellen Rückgang der Steuereinnahmen aller Ebenen und andererseits durch die mehrfachen Wirkungen auf die Kommunen wegen der genannten Effekte der verschiedensten Steuerarten. Das wird zu mehr Arbeitslosigkeit, die wiederum mittelfristig zu höheren Aufwendungen in der Sozialhilfe führen wird, was dann eine weitere Rücknahme kommunaler Investitionen bedingt. Der Vorstand der Bundes SGK hat schon vor Jahresfrist vor dieser Entwicklung gewarnt. Die ideologische Blickverengung, das Steuersystem ausschließlich auf private wirtschaftliche Tätigkeit hin jeweils ad hoc zu verändern, wird in die Irre führen. (-/10.3.1982/vo-he/bm)

+

+

+



### Es brennt in den Arbeitsämtern

---

Beobachtungen auf einer Fachtagung von DGB und ÖTV in Bonn

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Eigentlich war es bedauerlich, daß nur ganz wenige Bundespolitiker der Einladung von DGB und ÖTV zur Fachtagung "Massenarbeitslosigkeit-Krise der Beschäftigungspolitik, Krise in den Arbeitsämtern" gefolgt sind. Sie hätten eine Menge darüber mitbekommen können, wie sehr sich die Lage "an der Front" verschärft hat. Und vielleicht hätten sie auch ein paar Vorurteile über eine Behörde, die wie keine andere mit dem zentralen Problem der Massenarbeitslosigkeit konfrontiert ist, bei dieser Gelegenheit über Bord geworfen. Jedenfalls: Es ist den Veranstaltern zu danken, daß sie in konzentrierter Form an zwei Tagen die Fachwelt und die Öffentlichkeit mit ein paar sehr bedenklichen Entwicklungen der Beschäftigungskrise konfrontierten und Vorschläge für dringend notwendige Veränderungen unterbreiteten.

Leider hat sich der Eindruck bestätigt, daß mit wachsender Arbeitslosigkeit nicht nur die operativen Elemente der Arbeitsmarktpolitik auf gefährliche Weise zurückgeschnitten wurden, sondern daß auch der Service-Charakter der Arbeitsämter in einer Weise zugunsten der bloßen Verwaltung der Arbeitslosigkeit verkümmert, die erschrecken macht. Es spielt alles zusammen: unter dem Diktat der leeren Kassen schrumpfen die Qualifikations-Angebote, die individuellen Hilfen, die arbeitsbeschaffenden Maßnahmen, es vergrößert sich das Dilemma. Gleichzeitig wird der Bundesanstalt eine Vermehrung des auf wesentlich niedrigere Arbeitslosenzahlen zugeschnittenen Personals verweigert und es werden ihr noch mehr Aufgaben aufgehalst. Die Ratsuchenden stauen sich auf den Korridoren der Arbeitsämter, die Arbeitslosen warten viele Wochen auf das erste Geld von Arbeitsamt, die Beratungszeiten und die Außenkontakte der Arbeitsämter schrumpfen, selbst die Vermittlung in vorhandene Stellen unterbleibt. Und so wird das Problem größer und größer. Es brennt in den Arbeitsämtern. Wenn auch vorerst nur in Hamburg die Polizei mit einem ständigen Posten die Arbeitsamtsbediensteten vor den Reaktionen der Stellungssuchenden schützen muß oder (wie in Bremen) Anträge der Arbeitslosen nur noch brieflich entgegengenommen werden oder (wie überall) die Beratungs- und Vermittlungsbemühungen schrumpfen, die Überstunden in den Leistungsabteilungen wachsen und das frustrierte Personal in die Krankheit flüchtet.

Den Abgeordneten aller Fraktionen, so sie im Haushaltsausschuß sitzen, müssen die Ohren geklungen haben, als ihnen ganz nüchtern vorgerechnet wurde, was eine Politik des Stellenstopps (oder gar noch des drohenden Personalabbaus) vor Ort, in den Ämtern selbst, auslöst. Allen Fraktionen müßte bewußt werden, was eine Verdoppelung der Sperrfrist beispielsweise (als Maßnahme gegen mißbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen gerührt) für die Ämter bedeutet: eine Flut von Widersprüchen gegen diesen Verwaltungsakt. Ein Berg, der sich im Arbeitsamt Frankfurt auf 3.000, in Hamburg auf 9.000 Widersprüche aufgestaut hat. Und dabei sind dies beileibe nicht die Arbeitsamtsbezirke mit der höchsten Arbeitslosenquote. Nützlich wäre auch gewesen, wenn die Parlamentarier zur Kenntnis hätten nehmen können, wie man vor Ort über das Basteln von Zumutbarkeits-Kriterien denkt. Man hält diese Übungen angesichts des tatsächlichen Mangels an offenen Stellen für schlichten Unfug und fürchtet, daß neue explosive Spannungen zwischen Arbeitsamts-Bediensteten und Arbeitslosen daraus erwachsen werden. Bei genauem Zuhören hätte man ohnehin so manchen wertvollen Hinweis auf den Wert und Unwert politischer Schreivarbeiten aus den Berichten der Praktiker erfahren können, die man in dieser Form bislang noch nicht zu hören bekommen konnte.



Auch der Präsident der Bundesanstalt, Josef Stingl, der sich zu den Einleitungsreferenten begrüßen ließ, ansonsten aber seinen Mitarbeitern keine Dienstbefreiung für diese Tagung zugestehen mochte, hätte sich einiges anhören können, wenn ihm etwas mehr Sitzfleisch beschieden gewesen wäre. Nämlich die Klagen über den Wust von Anordnungen und Erlassen, der sich unaufhörlich über die Arbeitsämter ergießt. Da wird auch schlichter Unsinn geregelt. Beispielsweise gibt es einen Erlaß, der den Vermittlern gestattet, Beratungstermine mit den Arbeitslosen auch telefonisch zu vereinbaren (!) und einen anderen, der die Außenkontakte der Arbeitsamtsbediensteten auf zehn Prozent (bisher 20 Prozent) der Dienststunden reduziert, was jene ungeheuer komisch fanden, denen ohnehin nur noch zwei Prozent ihrer Arbeitszeit für Betriebskontakte zur Verfügung stehen. Alles und jedes wird von oben bestimmt, die Eigeninitiative wird stranguliert, die Bürokratie feiert schaurige Triumphe.

Schließlich - und das erstaunt dann fast schon etwas, weil man es in dieser Intensität vom Personal der Arbeitsämter nicht erwartet hätte - sang man auf der Fachtagung in Bonn das Hohe Lied von der notwendigen Emanzipation der Selbstverwaltung in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter. Geradezu flehentlich wurden die Kollegen in den anderen DGB-Gewerkschaften aufgefordert, von den Möglichkeiten des Arbeitsförderungs-gesetzes Gebrauch zu machen und sehr viel intensiver als in der Vergangenheit sich um das zu kümmern, was in den Arbeitsämtern geschieht und welche Aktivitäten unternommen werden müssen, um den wirtschaftlichen Veränderungen vor Ort begegnen zu können.

Der Kampf gegen bürokratischen Zentralismus, der Kampf um menschenwürdige Beratungs- und Vermittlungsdienste, sicher auch (aber eben nicht nur) der Kampf um vernünftige Arbeitsbedingungen beherrschten den Bonner Kongreß. Daneben suchte man das Gespräch mit der Politik, warb um offensive Antworten auf das Übel Massenarbeitslosigkeit. Setzte sich für Finanzierungsinstrumente ein, die sicherstellen, daß nicht durch den politischen Stumpfsinn immer weiterer Leistungseinschränkungen die Krise auf dramatische Weise verschärft wird. Man warb um eine Verstärkung der Bundeszuschüsse, um die Erhebung eines Arbeitsmarktbeitrages (von dem man annahm, daß er sich durchaus verfassungskonform ausgestalten ließe) und riet, auch die finanziellen Reserven der Bundesbank für positive Interventionen auf dem Arbeitsmarkt zu nutzen. Einen Ausbau der beruflichen Qualifikationsangebote hielt man für unerlässlich und registrierte verbittert, daß mit dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz das genaue Gegenteil davon unternommen wurde. Man setzte sich für zumutbare Beratungsbedingungen ein und wandte sich energisch gegen unzumutbare Zumutbarkeits-Kataloge. Nicht die Disziplinierung der Arbeitslosen beherrschte die Tagung, sondern der leidenschaftliche Wille, Hilfen anbieten zu können.

So gesehen hat mit der Bonner Tagung von DGB und ÖTV ein Gespräch begonnen, das von der Politik jetzt aufgegriffen und fortgeführt werden sollte. Um das zu erreichen, wäre es zweifellos nicht falsch, wenn die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen sich noch mehr als in der Vergangenheit darum bemühen würden, zu erfahren, was man in den Arbeitsämtern tatsächlich denkt und fürchtet. Dies allerdings nicht über die Filter von Amtsleitern und Präsidenten, sondern eben vor Ort. (-/10.3.1982/vo-he/va)

+

+

+

